

Resolution der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg

► Wir fordern Regionalisierung

In den vergangenen Jahren ist Hamburg bei der Weiterentwicklung der ambulanten medizinischen Versorgung systematisch übergangen worden. Wäre Hamburg behandelt worden wie der Durchschnitt aller Bundesländer, stünden heute 50 Millionen Euro mehr für die Versorgung der Hamburger Patienten zur Verfügung. Dieser Fehlbetrag wird sich weiter erhöhen, wenn das geplante Versorgungsstrukturgesetz in seiner jetzigen Form verabschiedet wird. Dies hätte spürbare Engpässe in der Versorgung der Patienten aus Hamburg und dem Hamburger Umland zur Folge.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die Umleitung von Hamburger Versichertenbeiträgen in andere Bundesländer. Verantwortlich hierfür sind die zentralistischen Vorgaben aus Berlin.

Die Vertreterversammlung der KV Hamburg fordert deshalb die Rückkehr zur regionalen Honorarhoheit. Die komplexe Versorgungsstruktur eines Stadtstaates wie Hamburg mit der höchsten Umlandversorgungsquote aller KVen kann durch bundesdurchschnittliche Vorgaben nicht aufrechterhalten werden. Die Patienten in den Hamburger Praxen werden deshalb mit einer Informationskampagne über die drohenden Engpässe informiert.

Die Vertreterversammlung fordert den Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und die Bundesgremien der Selbstverwaltung auf, die Umverteilungsdiskussion zu beenden und stattdessen die Zusagen der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 einzufordern: Abschaffung aller Budgets, eine kalkulierbare Eurogebührenordnung und die wirkliche Übernahme des Morbiditätsrisikos durch die Krankenkassen.

► Wir wehren uns gegen eine Verschlechterung der Medizinischen Versorgung in unserer Stadt

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburgs ist empört über Forderungen von Spitzenfunktionären der gesetzlichen Krankenkassen mit dem Ziel, die medizinische Versorgung in Hamburger Praxen und Kliniken durch weitere finanzielle Einbußen zu belasten.

Damit wäre die Qualität der Hochleistungsmedizin in Hamburg für die Patienten aus der Stadt und aus ganz Norddeutschland gefährdet. Davon abgesehen würden die Wege für die Patienten weiter und die Wartezeiten in Kliniken und Praxen länger werden. Damit konterkarieren diese Drohungen eindeutig die erklärten Ziele des Versorgungsgesetzes.

Die Vertreterversammlung am 22.9.2011 protestiert gegen diese Pläne und beschließt, eine öffentlichkeitswirksame Aktion der Hamburger Ärzte in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden unter dem Motto „Hamburgs Medizin geht baden“ zu unterstützen.

Hamburg, 23. September 2011